



Stadt Karlsruhe
Ordnungs- und Bürgeramt
Ausländerbehörde
Kaiserallee 8
76133 Karlsruhe

Antrag auf Erteilung einer Niederlassungserlaubnis (unbefristet)

Antragstellende Person

Familienname:		Vorname:		ggf. Geburtsname:	
Geburtsdatum:		Geburtsort:		Staatsangehörigkeit:	
Familienstand:		seit wann:	Körpergröße in Zentimeter:	Augenfarbe:	Religionszugehörigkeit:
Anschrift:					seit wann gemeldet:
E-Mail:			Telefonnummer:		

Ehegattin/Ehegatte oder Lebenspartnerin/Lebenspartner (Angaben auch, wenn im Ausland)

Familienname:		Vorname:		ggf. Geburtsname:	
Geburtsdatum:		Geburtsort:		Staatsangehörigkeit:	
Anschrift:					

Kinder (Angaben auch, wenn im Ausland)

Familienname:		Vorname:			
Geburtsdatum:		Geburtsort:		Staatsangehörigkeit:	
Anschrift:					
Familienname:		Vorname:			
Geburtsdatum:		Geburtsort:		Staatsangehörigkeit:	
Anschrift:					
Familienname:		Vorname:			
Geburtsdatum:		Geburtsort:		Staatsangehörigkeit:	

Anschrift		
Familienname:		Vorname:
Geburtsdatum:	Geburtsort:	Staatsangehörigkeit:
Anschrift:		

Finanzierung Ihres Lebensunterhaltes	
Art des Einkommens (z.B. Erwerbseinkommen, Unterhaltszahlungen, Sperrkonto, Verpflichtungserklärung):	Betrag/monatlich:
1.	
2.	
Sind Sie zur Zahlung von Unterhaltsleistungen verpflichtet?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja
Wenn ja, Name und Anschrift der Person angeben:	
Erhalten Sie öffentliche Leistungen nach dem SGB II oder XII?	<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja

Straf- und ausländerrechtliche Sachverhalte	
Ist gegen Sie ein Ermittlungsverfahren anhängig?	
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, Behörde und Aktenzeichen angeben:	
Haben Sie jemals Straftaten begangen?	
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, Behörde und Aktenzeichen angeben:	
Wurden Sie aufgrund eines unerlaubten Aufenthalts schon einmal zur Ausreise aus Deutschland oder einem anderen Schengen-Staat aufgefordert?	
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, Behörde und Aktenzeichen angeben:	
Ist Ihr Antrag auf Erteilung eines Aufenthaltstitels in Deutschland oder in einem anderen Schengen-Staat abgelehnt worden?	
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, Behörde und Aktenzeichen angeben:	
Wurden Sie aus Deutschland oder aus einem anderen Schengen-Staats ausgewiesen oder abgeschoben?	
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, Behörde und Aktenzeichen angeben:	
Haben Sie sich länger als 6 Monate außerhalb von Deutschland aufgehalten?	
<input type="checkbox"/> nein <input type="checkbox"/> ja, Zeitraum des Auslandsaufenthalts angeben:	

Ich versichere, vorstehende Angaben nach bestem Wissen und Gewissen richtig und vollständig gemacht zu haben. Falsche oder unzutreffende Angaben im Antrag oder im weiteren Verfahren können meine Ausweisung aus der Bundesrepublik Deutschland zur Folge haben (§ 53 i.V.m. § 54 Abs. 2 Nr. 8 Aufenthaltsgesetz).

Es wird darauf hingewiesen, dass Ihre persönlichen Daten, soweit diese zur Erfüllung gesetzlich vorgeschriebener ausländerrechtlicher Aufgaben der Ausländerbehörde erforderlich sind, gespeichert und entsprechend den rechtlichen Vorschriften automatisiert verarbeitet werden.

Darüber hinaus weisen wir darauf hin, dass ein Ausländer verpflichtet ist, seine Belange und für ihn günstige Umstände, soweit sie nicht offenkundig oder bekannt sind, unter Angabe nachprüfbarer Umstände unverzüglich geltend zu machen und die erforderlichen Nachweise über seine persönlichen Verhältnisse, sonstige erforderliche Bescheinigungen und Erlaubnisse sowie sonstige erforderliche Nachweise, die er erbringen kann, unverzüglich beizubringen (§ 82 Abs. 1 Satz 1 Aufenthaltsgesetz).

Unterrichtung über die sicherheitsmäßige Überprüfung vor der Entscheidung über die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis gemäß § 73 Absatz 2 AufenthG

Es liegt nicht im Interesse der Bundesrepublik Deutschland, Personen, die die innere oder äußere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland oder eines Bundeslandes gefährden, einen Aufenthaltstitel zu erteilen. Deshalb muss vor der Entscheidung über die Erteilung einer Niederlassungserlaubnis durch eine sicherheitsmäßige Überprüfung festgestellt werden, ob über den Antragsteller Erkenntnisse vorliegen, die der Erteilung einer Niederlassungserlaubnis entgegenstehen.

Die sicherheitsmäßige Überprüfung erfolgt unter Mitwirkung des Landesamtes für Verfassungsschutz sowie des Landeskriminalamtes. Die genannten Behörden werten in diesem Zusammenhang lediglich bereits vorhandenes eigenes Wissen oder bereits vorhandenes Wissen anderer öffentlicher Stellen aus. Weitergehende Ermittlungen werden aufgrund unserer Anfragen nicht durchgeführt.

Ich erkläre, dass ich von den vorstehenden Ausführungen Kenntnis genommen habe

Ort, Datum	Unterschrift
Karlsruhe,	